

INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Samstag, 14. Mai 2011 13:56
An: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE
Betreff: Schwerpunktmeldung: Tag der Familie 2011

Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst

<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org



Tag der Familie 2011

Der internationale Tag der Familie (15.05.) wurde 1994 durch die UNO eingeführt.

ÜBERSICHT

[Patchwork-Familien, Alleinerzieher und Lebensgemeinschaften - „Die“ Familie hat es wohl nie gegeben - allerdings entfernt sich unsere Gesellschaft immer mehr von der Vorstellung Vater-Mutter-Kind.](#)

[Patchwork statt Ehe - Wiener Zeitung](#)

[Tag der Familie – Symposium „starke.familie.werte“](#)

[Heinisch-Hosek: Mehr Geld für Kinderbetreuung - Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek heizt die Debatte um Kinderbetreuungsplätze neu an.](#)

[Für Mindestlohn von 1300 Euro im Monat](#)

[Heinisch-Hosek: 200 Millionen extra für Familienförderung - derStandard.at](#)

[FPÖ: Kitzmüller: ÖVP hat Familienpolitik an Heinisch-Hosek übertragen - APA □TS \(Pressemitteilung\)](#)

["SPÖ geht mit grünen Ideen hausieren, weil sie selbst keine Ideen mehr hat" - APA □TS \(Pressemitteilung\)](#)

[SPÖ-Frauen gehen in □ffensive - wienweb.at](#)

[Heinisch-Hosek bei Wiener SPÖ-Landesfrauenkonferenz: Wir machen gemeinsam ... - APA □TS \(Pressemitteilung\)](#)

[Kinderbetreuung - □xonitsch: "Unterstützung für Ministerin Heinisch-Hosek!" - APA □TS \(Pressemitteilung\)](#)

[Gartelgruber: Keine Quoten über den Umweg der EU! - APA □TS \(Pressemitteilung\)](#)

[Familienpolitik: Familienverband und KAÖ für Reformen - Kathweb](#)

[Internationaler Tag der Familie: Qualität der Familienpolitik ist der Maßstab ... - APA □TS \(Pressemitteilung\)](#)

[OECD: Österreich bei Familienleistungen führend](#)

[Länder fordern Geld vom Bund für Kinderbetreuung](#)

[Bedarfsgerechte Kinderbetreuung im Sinne der Familien](#)

[EU legt Fokus auf Schutz und Förderung von Kindern und Jugendlichen - EU-Unterausschuss diskutiert umfangreiche Initiativen](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

Patchwork-Familien, Alleinerzieher und Lebensgemeinschaften - „Die“ Familie hat es wohl nie gegeben - allerdings entfernt sich unsere Gesellschaft immer mehr von der Vorstellung Vater-Mutter-Kind.

Wien - Steigende Scheidungsraten, der Verzicht auf den Trauschein und die Bildung von Patchwork-Familien sind mittlerweile Realität, wie ein Blick in die Zahlen der Statistik Austria - anlässlich des Tages der Familie an diesem Sonntag - zeigt.

2010 gab es 1,068 Millionen Familien mit „Kindern“ bis 27 Jahren, für die Unterhaltspflicht besteht. In rund 892.000 davon Familien bestand ein Paarverhältnis. In 176.500 Fällen lebt zumindest ein Kind mit nur einem Elternteil, lediglich bei 18.700 handelt es sich um Väter. Die Zahl der Alleinerziehenden ist relativ stabil, während Lebensgemeinschaften ohne Trauschein - egal, ob mit oder ohne Kinder - steigt. 1985 gab es insgesamt 73.000 Lebensgemeinschaften, 2010 war es 333.000. Die Zahl der Ehepaare veränderte sich kaum und stand 2010 bei 1,706 Millionen.

An „Patchwork-Familien“ wurden 2010 in Österreich 85.700 Familien mit „Stiefeltern-/Stiefkindbeziehungen“, wie es die Statistik Austria definiert, erfasst. Das sind 9,6 Prozent aller „Paar-Familien“. Bei 48.000 der „Patchworker“ sind die aktuellen Eltern verheiratet, rund 37.000 leben in einer Lebensgemeinschaft.

Doch wann wird der Sprung in eine Partnerschaft gewagt? Mit der ersten Freundin ziehen Männer im Durchschnitt mit 23,9 Jahren zusammen, diese wiederum sind etwa 21,9 Jahre alt. Bis man sich dann - falls überhaupt - aufs Standesamt traut, vergeht wieder einige Zeit: Beim ersten Mal mit 31,8 bzw. 29,1 Jahren. In den 70er Jahren war man mit knapp über 24 Jahren bei den Männern und 21 bei Frauen am frühesten bereit für die Heirat.

Dennoch hatten damals noch rund 80 Prozent der Ehen Bestand. 2009 gingen 45,98 Prozent in die Brüche, was aber einen kleinen Rückgang gegenüber den fünf Jahren davor bedeutet. Relativ konstant ist überraschenderweise die Dauer der geschiedenen Ehen mit etwa zehn Jahren. Jeweils rund ein Viertel geht in den ersten fünf, bzw. den nächsten fünf Jahren in Brüche. Und immerhin zehn Prozent sagen einander nach 25 gemeinsamen Jahren Lebewohl. Das Märchen vom „verflixten siebenten Jahr“ ist offenbar wirklich ein solches.

Vielleicht hat es auch etwas mit der schwierigeren Partnersuche zu tun, dass Mütter immer später ihr erstes Kind bekommen: 1984 war dies noch mit 23,8 Jahren, 1994 mit 25,9 und 2009 mit 28,2 Jahren. (APA)

<http://www.tt.com/csp/cms/sites/tt/%C3%9Cberblick/Chronik/ChronikContainer/2727251-8/patchwork-familien-alleinerzieher-und-lebensgemeinschaften.csp>

Patchwork statt Ehe - Wiener Zeitung

Am Sonntag ist Tag der Familie – richtiger wäre "Familien", denn es gibt viele Formen (s. Grafik). Die Zahl der Alleinerziehenden ist relativ stabil, während Lebensgemeinschaften

ohne Trauschein – mit oder ohne Kinder – zunehmen: 1985 waren es 73.000,

Tag der Familie – Symposium „starke.familie.werte“

Der Internationale Tag der Familie wurde 1993 durch eine Resolution der UN-Generalversammlung geschaffen und auf den 15. Mai festgelegt. Der Tag soll das Bewusstsein dafür schärfen, die Familie als grundlegende Einheit der Gesellschaft wahrzunehmen und die öffentliche Unterstützung für Familien zu verstärken.

„Familienpolitik ist mehr als Steuer- und Sozialpolitik, nämlich zuallererst Gesellschaftspolitik“, unterstreicht der Präsident des Katholischen Familienverbandes (KFÖ), Clemens Steindl. Dem Verband geht es neben der materiellen Besserstellung von Familien vor allem auch um die ideelle Förderung der Familie und damit auch darum, die Grundwerte des familiären Zusammenlebens unter den Bedingungen der vielfältigen partnerschaftlichen und familiären Lebensformen offensiv zu vertreten. „Es sind die strukturellen Rahmenbedingungen und die davon beeinflussten individuellen Einstellungen, die zunehmend zu einer kinderlosen Gesellschaft führen. Die große Herausforderung lautet daher, unter dem Maßstab der Wahlfreiheit Bedingungen zu schaffen, die die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben erleichtern“, so Steindl.

Für den Katholischen Familienverband ist der Wandel von der arbeitsorientierten Familienwelt hin zur familienorientierten Arbeitswelt eine notwendige Perspektive. Dazu gehören Arbeitszeiten, die sich an den Bedürfnissen der Familien orientieren, die Abgeltung familiärer Leistungen, ein gut ausgebautes, qualitätsvolles Kinderbetreuungsnetz mit entsprechenden Öffnungszeiten, die Anerkennung und Förderung von familienfreundlichen Betrieben.

„In Österreich werden familienpolitische Themen und speziell die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb nur allzu oft unter ideologischen Vorbehalten diskutiert“, bedauert der Präsident des Katholischen Familienverbandes. Steindl setzt sich daher konsequent für die Wahlfreiheit der Eltern und eine Entideologisierung der Familienpolitik ein. Denn eine Familie zu gründen, ist nach wie vor ein großer Sehnsuchtswert. Damit fordert Steindl von den politischen Entscheidungsträgern, Politik für die Familie nicht nur als Randthema des öffentlichen Diskurses zu sehen, sondern als Leitthema der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

„Die Familie ist die wichtigste soziale Einheit und das Grundelement der gesellschaftlichen Entwicklung. Gerade in turbulenten Phasen, wie wir sie derzeit wirtschaftlich erleben, fungiert sie als tragendes Netz“, sagt Steindl.

Familie im Lichte der Katholischen Soziallehre

Daher beleuchtet der Katholische Familienverband beim Symposium "starke.familien.werte. - (Wieder)Entdeckung der Solidarität" am 18. Mai in Wien Perspektiven für eine zukunftsgerichtete Familienpolitik im Horizont der Leitideen der Katholischen Soziallehre. Die Veranstaltung aus Anlass des Internationalen Tages der Familie (15. Mai) versammelt renommierte Familienexperten wie etwa den Berliner Soziologen Prof. Hans Bertram, den Wiener Sozialrechtler und Familienexperten Prof. Wolfgang Mazal sowie den Grazer Sozialethiker Prof. Leopold Neuhold.

Symposium "starke.familien.werte" zum Internationalen "Tag der Familie"

Ort: Curhaus (Stephansplatz 3, 1010 Wien) statt.

Datum: Mittwoch, 18. Mai 2011, ab 13:30 Uhr
Infos: www.familie.at

<http://www.katholisch.at/content/site/dossiers/article/77444.html>

Heinisch-Hosek: Mehr Geld für Kinderbetreuung - Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek heizt die Debatte um Kinderbetreuungsplätze neu an.

St. pölten/Wien. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) unternimmt einen neuen Anlauf zum Ausbau der Kinderbetreuungsplätze. „Das Geld ist da“, betont die Ressortchefin im Gespräch mit der „Presse“. Sie verweist darauf, dass von den erwarteten Kosten der steuerlichen Absetzbarkeit für Kinderbetreuung und für den Kinderfreibetrag in Summe mehr als 200 Millionen Euro im Jahr 2009 nicht verbraucht wurden. „Einen Bruchteil davon“ solle man für die Fortsetzung des Sonderprogramms für mehr Kinderbetreuungsplätze verwenden.

In den vergangenen drei Jahren wurden dafür jeweils 15 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt, weitere fünf Millionen für Sprachförderung für Kleinkinder. Derzeit ist dieses Programm ausgesetzt. Heinisch-Hosek wird bei einem Gespräch mit Familien- und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP), um das sie ersucht hat, ihren Wunsch vorbringen. Sie drängt darauf, das zusätzliche Geld „sofort und nicht erst nächstes Jahr“ freizugeben. „Ich denke, da werden wir schon zusammenkommen.“

Konkret sind für den Kinderabsetzbetrag 167 Millionen Euro im Budget veranschlagt worden, beantragt wurden nur 65, beim Kinderfreibetrag waren es 35 von 160 Millionen. Die Frauenministerin baut ihre Hoffnungen auch darauf, dass der Familienminister sich 2010 „auch in diese Richtung“, nämlich mehr Sach- statt Geldleistungen für Familien, geäußert habe. Diese zusätzlichen Mittel seien für Länder und Gemeinden schon jetzt besonders wichtig, damit sie „Planungssicherheit“ haben. Außerdem würde damit der in der Regierung vereinbarte Finanzrahmen nicht überschritten.

Für Mindestlohn von 1300 Euro im Monat

Die Frauenministerin macht sich auch dafür stark, einen Mindestlohn von 1300 Euro im Monat flächendeckend umzusetzen. Sie wolle damit den Gewerkschaften, die die Kollektivverträge aushandeln, „volle Schützenhilfe“ geben, damit 1300 Euro Mindestlohn „Normalität“ werden. „Ich will unterstützen und verstärken“, was von einigen Gewerkschaften bereits erreicht wurde. „Ich bin nicht für einen gesetzlichen Mindestlohn.“ Für die Ministerin und SPÖ-Frauenvorsitzende wäre das ein „wichtiges Signal“.

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 14.05.2011)

http://diepresse.com/home/bildung/erziehung/661981/HeinischHosek_Mehr-Geld-fuer-Kinderbetreuung?_vl_backlink=/home/bildung/index.do

[Heinisch-Hosek: 200 Millionen extra für Familienförderung - derStandard.at](http://derstandard.at)

"Die Dinge, die ich von der ÖVP höre, sind neue Töne in ganz alten Hörnern." Daher, sagt Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ), müsse sie bei Verhandlungen oft harte Bretter bohren. "Es muss erkannt werden, dass es nicht immer das Beste ist, ...

**[FPÖ: Kitzmüller: ÖVP hat Familienpolitik an Heinisch-Hosek übertragen](#) - APA
□TS (Pressemitteilung)**

Utl.: SPÖ-Ministerin freut sich über nicht ausgeschüttetes Geld und will damit ihre ideologischen Projekte finanzieren - FPÖ fordert wieder 13. Familienbeihilfe für alle = Wien (□TS) - "Die ÖVP hat die Familienpolitik nach der Abschaffung des dafür ...

["SPÖ geht mit grünen Ideen ha□sieren, weil sie selbst keine Ideen mehr hat"](#) - APA □TS (Pressemitteilung)

Utl.: Musiol am Internationalen Tag der Familie: "Warum stimmt SPÖ dann nicht grünen Anträgen im Parlament zu? Erst dann kann man sie ernst nehmen." = Wien (□TS) - □b Muttertag oder Internationaler Tag der Familie -Frauenministerin Heinisch-Hosek lässt ...

[SPÖ-Fra□en gehen in □ffensive](#) - wienweb.at

Frauenpower heißt es am Samstag im Austria-Center in Kaisermühlen. Die SPÖ-Frauen halten ihre Jahreskonferenz ab. Gewählt werden soll auch das Frauenkomitee der Wiener SPÖ. Vizebürgermeisterin Renate Brauner, zeitgleich SPÖ-Frauenvorsitzende der Stadt ...

[Heinisch-Hosek bei Wiener SPÖ-Landesfra□enkonferenz: Wir machen gemeinsam ...](#) - APA □TS (Pressemitteilung)

Wien (□TS/SK) - Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek sagte bei der Wiener SPÖ-Landesfrauenkonferenz im Austria Center gemäß dem Motto der Konferenz "100 Jahre Frauentag - viel erreicht - viel zu tun!", dass es noch ein weiter Weg sei, bis die volle ...

[Kinderbetre□ung - □xonitsch: "Unterstütz□ng für Ministerin Heinisch-Hosek!"](#) - APA □TS (Pressemitteilung)

Wien (□TS) - "Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek hat unsere volle Unterstützung: Wien tritt schon seit längerem vehement für eine sofortige Fortsetzung des Sonderprogramms für mehr Kinderbetreuungsplätze ein", reagierte heute der Wiener ...

[Gartelgr□ber: Keine Q□oten über den Umweg der EU!](#) - APA □TS (Pressemitteilung)

Wien (□TS) - "Nachdem sich Frauenministerin Heinsch Hosek mit ihrer Forderung für Frauenquoten in Aufsichtsräten aller börsennotierten Unternehmen gegenüber ihrem Koalitionspartner nicht durchsetzen konnte, wir jetzt versucht genau dies über den Umweg ...

[Familienpolitik: Familienverband und KAÖ für Reformen](#) - Kathweb

Wien (KAP) Der Katholische Familienverband Österreichs und die Katholische Aktion Österreich fordern eine seriöse und zukunftsorientierte Familienpolitik ein. "An der Qualität der Familienpolitik misst sich die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft", ...

[Internationaler Tag der Familie: Q□alität der Familienpolitik ist der Maßstab ...](#) - APA □TS (Pressemitteilung)

Utl.: Katholischer Familienverband fordert größere materielle und immaterielle Unterstützung für Familien und lädt am 18. Mai zu einem hochkarätig besetzten Symposium ein. = Wien (□TS) - "Familien müssen im öffentlichen Bewusstsein und auch

im ...

[OECD: Österreich bei Familienleistungen führend](#)

derStandard.at

Wien - In Österreich dominieren Geldleistungen in der Familienpolitik: Laut der jüngsten OECD-Studie "Doing better for families" gab Österreich 2007 2,15 Prozent des BIP dafür aus und liegt damit auf Platz drei von 33 OECD-Staaten. ...

[Familienpolitik floppt trotz Staatsknete](#) Spiegel online

[Studie der OECD zur Familienpolitik: Deutschland setzt falsche Schwerpunkte](#) STERN.DE

[WELT ONLINE](#) - [ZEIT ONLINE](#) - [Märkische Allgemeine](#)

[Alle 128 Artikel »](#)

[Länder fordern Geld vom Bund für Kinderbetreuung](#)

Kleine Zeitung

Die Familienreferenten der Bundesländer haben in Tirol einstimmig beschlossen, beim Bund wieder einen Zuschuss für den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote einzufordern. Dies wurde auf der jährlich stattfindenden Familienreferentenkonferenz festgelegt, ...

[Bedarfsgerechte Kinderbetreuung im Sinne der Familien](#)

APA TS (Pressemitteilung)

Innsbruck (TS/VLK) - Das Thema Kinderbetreuung stand heute, Freitag, im Mittelpunkt der Landesfamilienreferentinnenkonferenz im Gnadewald bei Innsbruck. Die Ländervertretungen fordern vom Bund, dass die mit Ende 2010 ausgelaufene 15a B-VG ...

EU legt Fokus auf Schutz und Förderung von Kindern und Jugendlichen - EU-Unterausschuss diskutiert umfangreiche Initiativen

Wien PK – Die Förderung und der Schutz von Kindern und Jugendlichen in Europa stand im Zentrum des zweiten Teils des heutigen [EU-Unterausschusses](#). Zum einen lag die [Mitteilung](#) der Kommission "Jugend in Bewegung" vor, eine Initiative, um die Potentiale junger Menschen zu fördern und zu forcieren. Schwerpunkte dabei sind die Modernisierung der allgemeinen und beruflichen Bildung, eine attraktivere Hochschulbildung, die Förderung der Mobilität zu Lernzwecken und im Berufsleben und ein neuer europäischer Rahmen für die Beschäftigung junger Menschen. Die Union setzt sich dabei die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit, die Erhöhung der Beschäftigungsquote der 20 bis 64-jährigen, die Erhöhung des Anteils der Hochqualifizierten, die Steigerung der digitalen Kompetenz und die Senkung der Schulabbrecherquote zum Ziel. Bundesminister Reinhold Mitterlehner betonte in seiner Funktion als Jugendminister, dass man in Österreich vor allem der Beschäftigung von Jugendlichen sowie Beschäftigungsaustauschprogrammen und außerschulischen Programmen besonderes Augenmerk schenken werde. Man wolle die Jugendmobilität forcieren.

Zum anderen lag ein Entschließungsentwurf über die Förderung neuer und wirksamer Formen der Beteiligung Jugendlicher am demokratischen Leben in Europa vor. Mitterlehner hielt dazu fest, dass sein Ressort in allen Fragen, die die Jugend betreffen, die Jugendvertretungen mit einbeziehe. Die dritte Vorlage betraf die so genannte "[EU-Agenda für die Rechte des Kindes](#)". Die Rechte des Kindes sollen zu einem festen Bestandteil der

EU-Grundrechtspolitik gemacht werden. Insbesondere geht es um eine kindgerechte Justiz, um den besonderen Schutz von Kindern, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, um Opfer sexueller Ausbeutung und Menschenhandel, um Asyl suchende Kinder und um unbegleitete oder von ihren Eltern getrennte Kinder. Einen zentralen Punkt stellt auch die Bildung von Kindern und Jugendlichen und die besonderen Gefahren, die für diese von neuen Technologien ausgehen, dar. Schlagworte in diesem Zusammenhang sind Cyber-Bullying und Cyber-Grooming, aber auch die Gefährdungen durch Mobiltelefone, soziale Netzwerke, Video- und Onlinespiele. Ein besonderes Augenmerk möchte man auch der Kinderarbeit, dem Sextourismus und Kindern in bewaffneten Konflikten schenken. Bundesminister Mitterlehner unterstrich insbesondere die innerstaatlichen Bemühungen im Kampf gegen Menschenhandel und wies auf die entsprechende Task-Force im Außenministerium hin. Man kooperiere in all diesen Fragen auch eng mit dem Unterrichts- und Wissenschaftsressort, aber auch mit dem Justizministerium.

Die Initiativen der Kommission wurden von den Abgeordneten unisono begrüßt, wobei Kritik an bisherigen Umsetzungsmaßnahmen, aber auch an einzelnen Plänen geübt wurde. So unterstrich etwa Abgeordnete Angela Lueger (S) die Forcierung der Mobilität, die vor allem auch im Lehrlingsbereich notwendig sei, und meinte, dass bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa noch viel zu tun sei. Sie hielt eine Verbesserung der finanziellen Basis für den gesamten Bildungsbereich für notwendig und äußerte Sorgen hinsichtlich der hohen Zahl von SchulabbrecherInnen. Lueger wies auch auf die unbefriedigende Situation bei den Praktika hin, wo Jugendliche in erster Linie als Arbeitskraft verwendet würden ohne dabei die Möglichkeit zu haben, etwas zu lernen. Abgeordneter Ewald Stadler (B) warf in diesem Zusammenhang kritisch ein, dass die EU bei den Jugendlichen Sozialrechte aushöhlen wolle, anders sei die Forderung nach gestaffelten Arbeitnehmerschutzrechten und Lohnnebenkosten nicht zu verstehen.

Auch Abgeordnete Tanja Windbüchler-Souschill (G) spannte in ihrer Wortmeldung einen breiten Bogen von Themen. Sie sprach die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen an und meinte, die vom Sozialminister verankerte Ausbildungspflicht werde ohne zusätzliche Ressourcen wenig bringen. Sie forderte, prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzudämmen und für junge Menschen fixe Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Bei der Hochschulmobilität ortete die Abgeordnete noch viele Hindernisse und erkundigte sich nach dem Lehrlingsprogramm Leonardo Da Vinci.

Dazu meinte Bundesminister Reinhold Mitterlehner die Jugendarbeitslosigkeit betrage in Österreich 9,8%, was weit unter dem EU-Durchschnitt von 21% liege. Er sah aber keine Gefahr für eine Verschärfung des Problems, weil ein jährlicher Rückgang der 15-jährigen zu verzeichnen sei. Im Jahr 2015 werde es um circa 10.000 Jugendliche in diesem Alter weniger geben, der Kampf um jeden Lehrling werde stärker werden. Er prognostizierte daher eine prinzipiell stabile Situation am Lehrstellenmarkt. Eine bessere Ausbildung würde darüber hinaus das Problem der prekären Arbeitsverhältnisse vermindern, sagte Mitterlehner. Man beabsichtige, die Lehrlingsausbildung zu modularisieren und durch Maßnahmen die Attraktivität von Lehrberufen zu stärken. Das Programm Leonardo Da Vinci bezeichnete er als wichtig. Aus Österreich nehmen derzeit 240 Lehrlinge daran teil.

Was die Rechte der Kinder, die in Österreich im Verfassungsrang stehen, betrifft, so müsse

man diese nun auch mit Leben erfüllen, forderte Abgeordnete Angela Lueger (S). Viel zu tun ist bei der Realisierung einer kindgerechten Justiz, meinte sie und urgierte eine hohe qualitative Ausbildung von LehrerInnen und Fachpersonal, das mit Kindern zu tun hat. Abgeordnete Windbüchler-Souschill (G) verlangte ein Monitoring hinsichtlich der Kinderrechtskonvention. Ihr fehlte auch ein Grundrechte-Check. Die Abgeordnete trat ferner dafür ein, das Wahlalter im gesamten EU-Raum auf 16 Jahre zu senken.

Über den Grundrechte-Check werde man im kommenden Familienausschuss verhandeln, antwortete der Wirtschaftsminister, der aber eine grundsätzlich positiv Tendenz in diesem Bereich feststellte. Was das politische Interesse Jugendlicher betrifft, so habe sich gezeigt, dass dieses mit einer verstärkten Möglichkeit der Mitgestaltung steig, informierte Mitterlehner.

Abgeordnete Ursula Plassnik (V) regte an, die Rechte und Anliegen von Jugendlichen auch im Rahmen der EU-Außenpolitik stärker einzubringen. Der nächste Europäische Rat werde sich mit dem Thema Migration auseinandersetzen, man könne aber etwa bei der Ausverhandlung von Abkommen mit Drittländern danach trachten, dass Mittel der EU im Interesse der Kinder besser und zielgerichteter eingesetzt werden, und diese etwa der Ausbildung zu Gute kommen. Ihr Klubkollege Johann Höfinger (V) schloss sich der positiven Bewertung der EU-Initiativen an.

Abgeordnete Windbüchler-Souschill (G) und Abgeordneter Ewald Stadler (B) kritisierten scharf, dass ein Großteil der Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, die geforderte Hotline 116000 für vermisste Kinder und deren Angehörige noch immer nicht eingerichtet hat. Stadler sprach von einem "blamablen Zustand" und brachte einen diesbezüglichen Antrag auf Ausschussfeststellung ein, der jedoch von den Koalitionsparteien mehrheitlich abgelehnt wurde. Dazu bemerkte Mitterlehner, die Vermisstensuche falle in die Kompetenz des Innenressorts. Man werde die Frage aber weiterhin prüfen, wobei eben kompetenzmäßige aber auch budgetäre Einschränkungen zu beachten seien.

Abgeordneter Gerhard Deimek (F) befürwortete zwar eine verbesserte Mobilität unter Jugendlichen, denn das sei ja eigentlich die Intention des Bologna-Prozesses gewesen. Vielfach sei jedoch daraus eine "Scheinakademisierung" geworden. Was die Rechte der Kinder betrifft, so halte er eine grundsätzliche Diskussion auf EU-Ebene für richtig, die Verfassungsbestimmungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten müssten jedoch berücksichtigt werden.

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0478/index.shtml

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilung(en) hat (haben) ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←